

(Beifall bei den GRÜNEN - Manfred Palmen
[CDU]: Das war zynisch!)

- Nein, Herr Palmen. Lassen Sie mich das noch einmal ganz deutlich sagen. Es gibt hier kein Vertun, dass das ausgesprochen sichere Arbeitsplätze sind, die wir anbieten.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Das muss auch in der heutigen Zeit einmal festgestellt werden. Zweitens will ich auch hier noch einmal ganz deutlich sagen: Sie mögen das zynisch finden, aber da befinde ich mich in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre in allen einschlägigen Lehrbüchern. Geld ist nicht alles. Wir wissen aus den ernst zu nehmenden Mitarbeiterbefragungen unter anderem von Professor Klages an der Verwaltungshochschule in Speyer, dass die Überlegungen in der Motivationsskala, die mit Geld zu tun haben, erst auf der Platzziffer 5 und folgende liegen. Alles andere sind Punkte, die wir auch in der Landesverwaltung weiterentwickeln. Dazu gehört z. B. Anerkennung.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Da ist Zeit genug, das zu tun. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Qualitätsentwicklung in der Landesverwaltung ist mindestens so wichtig wie das, was wir in den Stellenplänen bewegen.

Lassen Sie mich in aller Kürze zu den Hinweisen von Frau Freimuth noch Stellung nehmen: Natürlich ist die Personalsteuerquote gestiegen. Aber, Frau Freimuth, Sie können auch nicht in Abrede stellen, dass die Personalausgabenquote sinkt. Wenn die Steuerquote leider noch gestiegen ist, so liegt das einfach daran, dass die Bezugsgröße beim Steueraufkommen gesunken ist. Das ist einfach ein mathematisches Problem. Sie werden es nicht vermögen, das der Landesregierung als Versagen anzukreiden.

Was den Kapitalstock für Versorgungslasten angeht, so hätten wir auch gerne die Möglichkeit und werden jede sich anders ergebende Möglichkeit nutzen, ihn stärker zu bedienen, als wir das im Moment mit der Vormerkung tun können.

Wir haben wieder einmal die Neigung, immer über die Beamten zu reden. Ich persönlich bin sehr gespannt darauf, was uns die Kommission unter Leitung von Professor Bull "Zur Zukunft des öffentlichen Dienstes - zum öffentlichen Dienst der Zukunft" präsentieren wird. Ich weiß aus entsprechenden Aussagen von Professor Bull, dass er sich sehr wohl auch mit den strukturellen Problemen im Bereich des Bundesangestelltentarifvertrags beschäftigt.

(Edith Müller [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich will auch hier ganz deutlich sagen: Dies wird noch sehr schwierig für die Tarifvertragsparteien. Wir sollten diese Diskussion beherzt miteinander führen, aber nicht auf der Ebene von Haushaltsplänen, sondern im guten Sinne als eine Entwicklungsaufgabe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, eine Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt an dieser Stelle nicht, da sie eingebunden ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 2003.

Ich rufe **Nummer 7** auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

In Verbindung mit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Und:

Haushaltsgesetz 2003

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlungen**, die **Drucksachen 13/3300, 13/3312 und 13/3320**, und den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU zum Haushaltsgesetz 2003 und zum Haushaltsbegleitgesetz. Das ist die **Drucksache 13/3343** in der Fassung des Neudrucks.

Für die CDU-Fraktion erhält zunächst Herr Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach zwei Tagen intensiver Beratungen über die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen kommen wir jetzt bei der allgemeinen Finanzverwaltung auch unter anderem zu der Einnahmeseite des Landeshaushalts und damit auch zu den Menschen, die dort ihre Arbeit tun.

An dieser Stelle will ich einfach einmal ein Wort des Dankes sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesfinanzbehörden, dass sie ihre Arbeit so leisten, wie sie es tun - in oft unheimlich schwerer Umgebung, in einer Umgebung, die eigentlich an vielen Stellen unnötig schwer gemacht wird durch sich immer wieder ändernde Gesetze, mit denen die Finanzbehörden sich auseinander zu setzen haben. Von dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank für diese Arbeit,

die nicht nur an vielen Stellen unnötig schwer gemacht wird - siehe Freistellungsbescheinigungen für 325 €-Jobs -, sondern die leider auch an vielen Stellen viel zu unergiebig im Sinne vom Sprudeln der Steuerquellen ist.

Sie ist unergiebig aufgrund einer Wirtschaftspolitik, die dazu beigetragen hat, dass die Steuerquellen leider in sehr starkem Umfang versiegt sind, aber auch aufgrund einer Steuerpolitik, die dazu beigetragen hat, dass beispielsweise durch rein handwerkliche Fehler der letzten Unternehmenssteuerreform die Körperschaftsteuer zu einer Steuer geworden ist, die praktisch ausgezahlt und nicht mehr eingezahlt wird.

Das alles wirft für uns ganz erhebliche Zweifel daran auf, ob die 36,27 Milliarden € Steuereinnahmen, die der Finanzminister für das Jahr 2003 einplant, nun auch wirklich realistisch geschätzt sind. Wir denken, die Schätzung ist ähnlich zu hoch, wie die Schätzung für das laufende Haushaltsjahr 2002, die sich als deutlich zu hoch erwiesen hat.

Aber selbst, wenn wir von der jetzigen Situation, die im Haushaltsentwurf der Regierung ausgedrückt ist, ausgehen, haben wir schon - darüber haben wir in den letzten beiden Tagen ausreichend gesprochen - Probleme, die groß genug sind. Eigentlich wird für den Haushalt dieses Landes eine Sanierungskoalition gebraucht. Eigentlich müssen wir Erhebliches an der Statik unseres Haushaltsplanes verbessern, und eigentlich darf nicht soviel mit Pappmaschee gearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Statik muss stimmen, Pappmaschee hilft hier nicht. Die Statik heißt: Kredite kann man nur aufnehmen, wenn vom Land auch ein entsprechender Gegenwert geschaffen wird. Die Neuverschuldung muss niedriger sein als die Investitionsausgaben.

Dieses Grundprinzip - eigentlich das Hauptprinzip von Nachhaltigkeit beim Landeshaushalt unseres Landes - wird an vielen Stellen durch die Verwendung von Pappmaschee infrage gestellt.

(Edgar Moron [SPD]: Was hat der gegen Pappmaschee?)

Ich will einfach einmal kurz fünf Punkte darstellen, bei denen ich der Meinung bin, dass wir eine erheblich größere Transparenz, dass wir - ich sage das ganz deutlich - mehr Ehrlichkeit in unserem Haushalt brauchen.

Der erste Punkt betrifft die Flutopferhilfe: 771 Millionen € sind ursprünglich einmal zu einem

Drittel als Konsum und zu zwei Dritteln als Investitionen in unserem Landeshaushalt eingedrückt gewesen. Wir haben von der Landesregierung sogar gesagt bekommen, es handele sich dabei um eine Verabredung zwischen Bund und Ländern, wonach also praktisch alle gemeinsam die Aufteilung ein Drittel - zwei Drittel vornehmen.

Inzwischen hat die Landesregierung diesen Ansatz deutlich verändert, und wir erleben, dass von diesen 771 Millionen € sogar 73,9 % als Investitionen gewertet werden. Staunend nehmen wir die Vorlage 13/1842 zur Kenntnis, in der jetzt auf einmal ziemlich detailliert über das Verhalten der verschiedenen Länder berichtet wird. Dabei müssen wir feststellen, dass es überhaupt keine gemeinsame Vorgehensweise der verschiedenen Bundesländer und des Bundes gegeben hat, wie anfangs behauptet wurde. 570 Millionen € - das ist das Ergebnis der ganzen Operation - kann das Land mehr an Schulden aufnehmen. Ich denke, das ist nicht ganz legitim.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Wieso denn?)

Es sind zwar legale Schulden, sie sind aber sicherlich nicht legitim.

(Edgar Moron [SPD]: Legitim oder legal, was meint er?)

Der zweite Punkt bezieht sich auf das Gemeindefinanzierungsgesetz: Am 5. Dezember des letzten Jahres war in der "Rheinischen Post" zu lesen: "SPD - Ärger über doppelten Steinbrück".

(Edgar Moron [SPD]: Das war eine Falschmeldung!)

Zwischen der Landesregierung und der SPD wurde der bestehende Ärger ziemlich konkret, ziemlich detailliert und vor allen Dingen richtig beschrieben, der darin bestand, dass der Finanzminister es nicht akzeptierte, dass die Schlüsselzuweisungen seitens der Landtagsfraktion der SPD erhöht werden sollten, was nämlich die Verschuldungsgrenze tangiert hätte.

(Edgar Moron [SPD]: Alles falsch!)

Ich stelle fest: Der neue Finanzminister Dieckmann ist wesentlich kreativer als sein Vorgänger Steinbrück. Er hat nämlich das Institut der investiven Schlüsselzuweisungen erfunden. Damit ist er erneut Ärger mit der SPD-Landtagsfraktion aus dem Weg gegangen. Es wurde das Institut der bisher nicht existierenden "investiven Schlüsselzuweisungen" erfunden. Für mich ist das ein weiterer Teil von kreativer Buchführung, und kreativ

im Zusammenhang mit Buchführung ist beileibe kein Kompliment.

Der dritte Punkt betrifft die globalen Minderausgaben: 300 Millionen € an so genannter globaler Minderausgabe sollen über den ganzen Haushalt verteilt eingespart werden. Das heißt aber lediglich: Die Landesregierung will, ohne zu sagen, wo, 300 Millionen € weniger ausgeben.

Dieses Problem geht das Verhältnis der Landesregierung zum Parlament an, denn es bedeutet, dass das Parlament von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen ist. Wir haben hier in den vergangenen beiden Tagen teilweise über kleine Beträge sehr intensiv diskutiert, und hier wird einfach nur zu konstatieren sein: Die Landesregierung will sich die Entscheidung über 300 Millionen € ganz allein vorbehalten.

Das ist nicht nur im Interesse einer gewissen Bequemlichkeit bei der Landesregierung der Fall, sondern das geschieht natürlich auch aus Gründen der Verschuldensgrenze, denn so muss in den Haushaltsansätzen an keiner Stelle ein investiver Ansatz gekürzt werden. Es kann aber im Haushaltsvollzug durchaus weniger investiert werden. Das ist auch wieder nicht nur unter dem Aspekt der Parlamentsmissachtung, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der kreativen Buchführung zu betrachten.

Wenn wir schon beim Stichwort "Missachtung des Parlaments" sind: Wir haben im Oktober - das ist mein vierter Punkt - in diesem Plenum intensiv darüber gesprochen, ob es nicht notwendig ist, einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2002 zu beschließen. Die Landesregierung hat das damals abgelehnt, obwohl - wie wir inzwischen erstaunt aufgrund der Vorlage 13/1841 feststellen müssen - das Finanzministerium darin mitteilt, bereits am 25.09. vom zuständigen Fachministerium über die notwendige überplanmäßige Ausgabe von 50 Millionen € für Wohngeld informiert worden zu sein. Man hat damals gesagt, das müsse aber trotzdem nicht in einen Nachtragshaushalt einfließen. Das könne als überplanmäßige Ausgabe dann immer noch gemacht werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Ich kann an dieser Stelle nur den leider verstorbenen Staatssekretär Dr. Dästner zitieren, der in seinem Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen 1996 zu diesem Thema auf Seite 302 Folgendes geschrieben hat - ich lasse dazwischen ein paar Halbsätze weg -: Das Bundesverfassungsgericht hat daraus die Pflicht abgeleitet, dass der Finanzminister mit dem Gesetz-

geber in Verbindung treten muss, um zu klären, ob dieser noch rechtzeitig eine gesetzliche Bewilligung erteilen kann.

Meine Damen und Herren, genau das war die Frage, die wir hier im Plenum im Oktober diskutiert haben. Das Finanzministerium kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, das nicht zu wissen. Denn - wie eben gesagt - uns wurde mitgeteilt, die Information über diese Notwendigkeit sei am 25. September, also vorher, beim Finanzministerium eingegangen.

Ich könnte jetzt noch eine ganze Reihe von weiteren berechtigten Punkten nennen. Ich will nur noch einen letzten erwähnen und damit auf unseren Änderungsantrag hinweisen, der eben schon angekündigt wurde und über den abgestimmt werden wird.

Wir haben erst vor zwei Wochen hier über die Frage der Restkreditermächtigung diskutiert. Ich glaube, dass es auch im Interesse einer Nachhaltigkeit sinnvoll ist, diese Restkreditermächtigung zu begrenzen. Wir bieten heute als CDU-Landtagsfraktion die Möglichkeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Wir beantragen, dass im Haushaltsgesetz 2003 festgehalten wird, dass nur noch maximal 500 Millionen € an Restkreditermächtigung zur Verfügung stehen dürfen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Klein. - Für die SPD spricht jetzt der Kollege Siekmann.

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann niemand ernsthaft bestreiten, dass sich alle Ebenen unseres föderalen Gemeinwesens in einer sehr schwierigen Finanzsituation befinden. Ich betone ausdrücklich: alle Ebenen, z. B. auch die Länder, in denen CDU/CSU Regierungsverantwortung tragen.

Die Opposition argumentiert also unseriös, wenn sie den Eindruck erwecken will, Nordrhein-Westfalen sei schuld an seiner äußerst schwierigen Finanzsituation. Aber CDU/CSU-regierte Länder seien Opfer einer schwächelnden Konjunktur, globaler Verwerfungen und zurückgehender Steuereinnahmen.

Wenn sich alle Oppositionsfraktionen in allen Ländern so verhalten, dann ist dies ein Ritual, das die Menschen nicht mehr nachvollziehen können

und wollen. Es wird höchste Zeit, dass diese ritualisierten Haushaltsberatungen von dem erkennbaren Ringen der Fraktionen um die Lösung nicht bestreitbarer Finanzprobleme abgelöst werden. - Das sei vorausgeschickt.

Nun zu unserem Haushalt 2003. Die Landesregierung hat auf der Grundlage der Steuerschätzung aus Mai dieses Jahres noch vor der Bundestagswahl einen Haushalt eingebracht, der gegenüber dem Jahr 2002 Mehreinnahmen und Minderausgaben in Höhe von 1,4 Milliarden € erforderte. Dieser Betrag wurde erwirtschaftet und setzt sich wie folgt zusammen: zu einem Drittel aus Einnahmeverbesserungen, zu einem Drittel aus Kürzungen administrativer Aufwendungen und zu einem Drittel aus der Absenkung von Förderzuwendungen.

Trotz dieses gewaltigen Kraftaktes ist es der Landesregierung gelungen, im September dieses Jahres einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der von klaren Akzenten und Ausgewogenheit geprägt war. Nach diesem Haushaltsentwurf sinken die Ausgaben und - was besonders erwähnenswert ist - auch in bescheidenem Umfang die Neuverschuldung.

Schon hier sei erwähnt, dass die politischen Schwerpunkte im schulischen Bereich bei der Ganztagsbetreuung, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der Kombination der Beschäftigungs- und Strukturförderung sowie bei der inneren Sicherheit auch nach den ernüchternden Zahlen der Steuerschätzung von Mitte November dieses Jahres beibehalten werden. Die Koalitionsfraktionen stehen also auch unter finanzpolitisch geänderten Vorzeichen zu diesen Prioritäten. Sie sind nicht disponibel.

Die Koalitionsfraktionen haben bei den Haushaltsberatungen große Disziplin bewiesen und bei einem Haushaltsvolumen von rund 48 Milliarden € nur Änderungsanträge in Höhe von ca. 35 Millionen € beschlossen.

Mitte November dieses Jahres wurden dann die neuen Zahlen der Steuerschätzung bekannt gegeben. Es ist heute müßig, darüber zu spekulieren, ob die Opposition - wie sie es behauptet - die neuen Zahlen schon vor der Bundestagswahl gehäht hat oder ob sie nur aus allgemeinpolitischen Gründen mit solchen Werten spekulierte.

Fest steht, dass der Landessteueranteil nach der Steuerschätzung 1,447 Milliarden € geringer ausfällt. In einer zweiten Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung dann einen Vorschlag zur Deckung dieses erheblichen Fehlbetrages gemacht.

Wesentlicher Inhalt ist: Es liegt auch weiterhin ein verfassungskonformer Haushalt vor.

Nach dem Kraftakt, gegenüber dem Haushalt 2002 1,4 Milliarden € zu erwirtschaften, war es jetzt nicht möglich, weitere 1,4 Milliarden € bereits im Jahre 2003 zu sparen. Gegenüber dem Haushaltsentwurf musste die Nettoverschuldung darum um 526 Millionen € erhöht werden. Es müssen im Personalbereich 280 Millionen € im Rahmen einer globalen Minderausgabe erwirtschaftet werden. Dies ist eine realistische Größenordnung, und zwar aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen.

Im Rahmen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes - auch hierzu liegt der Gesetzentwurf dem Bundestag bereits vor - ist mit einem Steuermehraufkommen für das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 253 Millionen € zu rechnen.

Außerdem muss in den Einzelplänen eine globale Minderausgabe von 300 Millionen € erwirtschaftet werden.

Wir stimmen der Erhöhung der Neuverschuldung sowie der globalen Minderausgaben in den Einzelplänen nur zu, weil es nach unserer Auffassung im Jahre 2003 keine andere solidere und vertretbare Deckung gibt.

Wer das durch die Steuerschätzung entstandene Finanzloch von 1,4 Milliarden € anders schließen will, muss dies sagen und entsprechende solide und valide, also belastbare, Anträge stellen. Die CDU hat für die dritte Lesung solche Anträge angekündigt. Wir sind gespannt.

Die FDP hat insoweit keine alternativen Vorschläge zur Finanzierung der Deckungslücke gemacht und sie auch nicht angekündigt. Die FDP hat aber erhebliche Mehrausgaben gefordert, z. B. für Lehrer, für die Entfrachtung des GFG usw., und hierfür auch Deckungsvorschläge unterbreitet, die von den Koalitionsfraktionen aus rechtlichen und politischen Gründen nicht akzeptiert werden können. Ich will das nicht alles darlegen. Nur so viel: Stichworte Steinkohle oder Einnahmen aus der Sonderrücklage Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Landesbank NRW.

Auch eine von uns erhoffte Erholung der Konjunktur wird nicht dazu führen, dass wir in Zukunft den Fuß von der Bremse nehmen können. Weiteres Sparen ist unverzichtbar. So steht heute schon fest, dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren bei einer angenommenen Rückführung der Nettokreditemächtigung um z. B. 300 Millionen € jährlich folgende Beträge weniger in den Kassen haben, und zwar Jahr für Jahr und immer erneut: 300 Millionen € an den eben ge-

nannten Krediten weniger, Zinsmehrbelastung von mindestens 150 Millionen € und Pensionslasten von über 200 Millionen €. Das sind zusammen mehr als 650 Millionen €. Diese Beträge müssen jedes Jahr erneut durch mehr Steuereinnahmen oder durch verstärkte Sparbemühungen erbracht werden.

Ich hoffe sehr, dass das im Frühjahr stattfindende Expertengespräch zur nachhaltigen Haushaltspolitik hilft, Wege aufzuzeigen, wie wir die Handlungsfähigkeit durch nachhaltige Finanzpolitik zurückgewinnen können.

Klar ist: Wir dürfen in Zukunft Haushaltslöcher nicht durch neue Schulden ausgleichen. Die Nettokreditermächtigung muss in mittelgroßen Schritten und nicht in Trippelschritten zurückgeführt werden. Der Abbau von Schulden darf nicht mehr als Fernziel definiert werden. Globale Minderausgaben zum Ausgleich des Haushaltes müssen in Zukunft vermieden werden. Für die auf uns zukommende Lawine von Pensionslasten muss in angemessener Höhe und regelmäßig Vorsorge getroffen werden. Nur dann können wir Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen. Und nur dann werden wir den berechtigten Anforderungen der Gegenwart und den Pflichten gegenüber der nächsten Generation gerecht.

Ich verzichte darauf, zum Einzelplan 12 noch etwas zu sagen. Seien Sie versichert, der Haushalts- und Finanzausschuss in Gänze wird auch in Zukunft mit Argusaugen darauf achten, dass "sein" Einzelplan den Attributen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit gerecht wird.

Und nun noch ein Wort an die Opposition: Sie werden Ihrem politischen Auftrag nur gerecht, wenn Sie mit uns um die besten Lösungen ringen. Sie werden – da bin ich ganz sicher – Ihrem Auftrag und dem Wählerwillen nicht gerecht, wenn Sie keine glaubhafte Alternative darstellen und nur auf relativ hohem Niveau jammern. Ich lade Sie darum ein, den notwendigen finanzpolitischen Wandel in unserem Land – allerdings weiter in der Rolle der Opposition – zu begleiten.

Den Änderungsantrag mit der Drucksachenummer 13/3343 zum Haushaltsgesetz werden wir ablehnen. Die Begründung dafür wurde bereits ausführlich in der letzten Plenardebatte gegeben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und entschuldige mich, dass ich so schnell gesprochen habe, aber ich wollte Ihnen einige Minuten schenken. – Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Siekmann. – Für die FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem, was Herr Kollege Klein ausgeführt an, in einem Punkte anschließen. Ich glaube, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung als gesamtes Haus durchaus einmal den Dank dafür aussprechen sollten,

(Zustimmung von Edith Müller [GRÜNE])

dass sie unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen auch ein wenig darunter leiden, dass sie immer als Vorzeigeressort für das eine oder andere erhalten müssen und Ausnahmeregelungen, die für andere Ressorts gelegentlich getroffen werden, ausgerechnet für die Beschäftigten der Finanzverwaltung keine Anwendung finden. Dafür gebührt ihnen einmal die volle Anerkennung des gesamten Hauses, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

- Zumindest die FDP-Fraktion stimmt nur zu.

Ich will auf zwei, drei Punkte eingehen. Herr Siekmann, Sie haben vorhin von ritualisierten Haushaltsberatungen gesprochen, die ich gelegentlich als Ritualmorde bezeichne.

(Unruhe – Glocke)

Glauben Sie mir: Die gehen mir seit zweieinhalb Jahren, seitdem ich in diesem Parlament bin, wirklich fürchterlich auf den Keks. Ich finde es absolut bescheiden, und es ist ein Armutszeugnis für die parlamentarische Beratung, dass etwas, nur weil es von der Opposition kommt, schon direkt Teufelszeug ist und es deswegen auch nicht sein darf. Umgekehrt geschieht dies leider oft auch.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen habe ich in den letzten zweieinhalb Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder angeboten, in die wirklich strukturellen Veränderungen des Haushaltes mit dem Ziel einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik gemeinsam zu gehen. An der FDP scheitert der ernsthafte Versuch nicht.

Wenn Sie aber die Ritualmorde kritisieren, dann, meine Damen und Herren von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, gehört zur Lauterkeit dazu, dass Sie für sich selbst das Denken zulassen und das, was Sie bisher nicht gedacht haben, einbeziehen, sodass wir in der Tat in der Sache

diskutieren könnten, um endlich eine gute Lösung für das Land zu finden.

In einigen Bereichen - Frau Walsken und Frau Müller wissen, wovon ich rede - gibt es durchaus Bewegung. Da befinden wir uns in einer durchaus sachlichen Beratung der anstehenden Probleme. Wir versuchen, Ihnen dazu Lösungen anzubieten. Aber manchmal habe ich das Gefühl, dass wir alle noch ein bisschen in Bewegung kommen müssen, um die Wege, die vernünftig, aber unbequem sind, auch wirklich gemeinsam zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man könnte vieles sagen; ich will das einmal so zusammenfassen: Der frühere Finanzminister hat immer, was ich wirklich sehr begrüßens- und unterstützenswert fand - ich hoffe, dass auch der neue Finanzminister diesen Kurs fortsetzen wird -, immer wieder betont, dass wir es den nachfolgenden Generationen schuldig sind, eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, ja überhaupt eine nachhaltige Politik zu betreiben. Wenn ich mir aber anschau, was konkret auch in diesen Haushaltsberatungen passiert ist, dann kann ich nur sagen: Die Chancen wurden wieder nicht genutzt. Nichts ist, wirklich nichts!

PISA steht immer noch schief. Wir hatten irgendwann einmal den Slogan: Köpfe sind unser Kapital. Wirklich notwendige Investitionen in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen werden nach wie vor nicht in dem erforderlichen Umfang vorgenommen. Wir sind immer noch Schlusslicht in der Bundesrepublik; von dem europäischen Vergleich will ich jetzt gar nicht reden. Sie setzen mit Ihrer Bildungs- und Ausbildungspolitik die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen nachhaltig in einer verantwortungslosen Art und Weise aufs Spiel.

Anderer Bereich: Beschäftigungssituation in Nordrhein-Westfalen. Ich weiß nicht, wie Sie angesichts massiver Beschäftigungslosigkeit von erfolgreicher Politik reden können. Sie mögen weiter gerne andere Länder nennen, die ähnliche Schwierigkeiten haben, sicher aber liegt ein Teil der Schwierigkeiten darin, dass eben die Politik, die Sie im Bund gemeinsam gestalten, auch das eine oder andere an Verbesserung durchaus übrig lässt.

Ich sehe mir an, welche zusätzlichen Regelungen Sie in der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag verabschiedet haben, was Sie da an zusätzlichen Gängelungen und Knebelungen auf den Weg gebracht haben, dass Sie diejenigen, die in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen, in Scharen aus dem Land trei-

ben. Es gehört zur Lauterkeit dazu, dass Sie auch darüber einmal nachdenken und vielleicht zugeben, dass man einen Fehler gemacht hat. Es ist nicht schlimm, Fehler zu machen. Fehler machen wir alle. Nur: Daraus nicht zu lernen ist schlimm.

Ich sehe mir an, was Sie im Land tun: Streichung bzw. Kürzung bei Meisterprämien, Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen! Sie setzen hier völlig falsche Signale. Sie betreiben eben keine Politik für mehr Beschäftigung, sondern Sie glauben nach wie vor, es sei alles irgendwie in Ordnung, wenn das in irgendeiner Form staatlich geregelt ist. Meine Damen und Herren, so nicht mit der FDP!

Über den Bereich der Verkehrsinfrastruktur könnten wir lange reden. Darüber ist aber heute in der Einzelplanberatung schon wieder ausführlich diskutiert worden.

Bereich Bio- und Gentechnologie! Auch da sind wir in Nordrhein-Westfalen leider nicht in der Spitzengruppe, wo wir eigentlich sein könnten. Eigentlich ist Nordrhein-Westfalen in allen Bereichen, in denen wir Zukunftspotenziale haben, in denen wir Wachstumspotenzial haben, irgendwo im dümpelnden letzten Drittel. Ich finde das in keiner Weise akzeptabel, und ich weiß, dass Sie das in Teilen auch nicht als akzeptabel empfinden. Aber dann kommen Sie doch endlich einmal in Bewegung!

Wir reden hier immer davon, dass die Kommunen die Kernzellen unserer demokratischen Kultur sind. Aber Sie gängeln die Kommunen. Auch in Ihrem Gemeindefinanzierungsgesetz werden die Kommunen mit Aufgaben des Landes befrachtet. Als die FDP das Gemeindefinanzierungsgesetz in diesen Bereichen entfrachten wollte, waren Sie wieder einfach nur dagegen. Was nicht sein darf, ist auch nichts. Das ist ein Antrag der Opposition, und deshalb wird das einfach abgelehnt.

Wenn wir Vorschläge zur Finanzierung unserer Haushaltsanträge machen, dann sagen Sie dazu, dass Sie bestimmte Dinge aus politischen Gründen einfach nicht wollen. Okay, darüber kann man streiten. Ich muss dann leider zur Kenntnis nehmen, dass Sie nun mal die Mehrheit haben.

Aber wenn Sie der FDP dann vorwerfen, das sei alles nicht seriös: Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, wenn Sie hier globale Minderausgaben in Höhe von 300 Millionen € ausbringen, ohne konkret zu sagen, an welcher Stelle Sie diese Mittel einsparen wollen, dann ist das nicht nur eine Verletzung des Budgetrechts des Parlaments, sondern auch ein Eingeständnis Ihrer

Ohnmacht. Das hat nichts mit seriöser Gegenfinanzierung zu tun.

Wir können gern über die einzelnen Finanzierungsvorschläge streiten. Sie erklären, dass Sie weiter Erhaltungssubventionen für die Steinkohle wollen, weil Sie weiter in der Zechenromantik verharren wollen. Sie vertreten das so. Aber für uns ist das nicht akzeptabel.

(Zuruf von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Zur nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik kann ich nur sagen: Die Schulden, die Sie in den letzten Jahren immer weiter angesammelt haben, bekommen Sie auch im Ansatz nicht in den Griff. Sie freuen sich, dass es ein paar hunderttausend Euro weniger Nettoneuverschuldung als im letzten Jahr gibt. 3,9 Milliarden € sind aus Sicht der FDP aber eindeutig zu viel und auch wesentlich mehr, als Sie selber ursprünglich kalkuliert hatten.

Manchmal ist es ganz hilfreich, Ihren Koalitionsvertrag 2000 noch einmal anzusehen. Da haben Sie das Ziel formuliert und sind mit dieser Zielvorgabe schon damals hinter dem zurückgeblieben, was Sie 1995 im Koalitionsvertrag vereinbarten. Sie wollten auf unter 5 Milliarden DM. Davon sind Sie aber ferner denn je. Ihre Politik der Verschuldung hat mit nachhaltiger Finanz- und Haushaltspolitik wirklich gar nichts mehr zu tun.

Wir müssen in 2003 4,7 Milliarden € allein für Zinsen ausgeben. Andererseits gibt es im Landeshaushalt unterschiedliche Bereiche und Projekte, von denen die Fraktionen sagen, dass man dafür mehr Geld ausgeben könnte und dass das da sinnvoll investiert wäre, z. B. Bildung und Infrastruktur. Wenn wir diese 4,7 Milliarden € nicht für Zinsen ausgeben müssten, Zinsen als Hypothek einer völlig verfehlten Politik in den letzten 35 Jahren, dann hätten wir ---

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

- Herr Moron, wir können das gern ausgiebiger diskutieren. Dafür habe ich aber jetzt leider keine Zeit mehr. Wir können das wirklich gern machen. Wir können auch gern noch einmal in die Diskussion über die Privatisierung von Landesbeteiligungen und über Bürokratieabbau einsteigen. Ich lade dazu nochmals herzlich ein. Sie reden leider nur, aber handeln nicht.

Meine Damen und Herren, wir stehen gemeinsam vor einer riesigen Verantwortung. Wir müssen dieser Verantwortung auch im Interesse nachfolgender Generationen gerecht werden. Mit dem, was Sie hier als Haushalt vorgelegt haben, und auch mit dem, was Sie in den Beratungen am Haushalt verändert haben, entsprechen Sie in

keiner Weise verantwortungsvoll einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik. Deswegen können wir Ihrem Haushalt auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Müller.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte bei diesem Tagesordnungspunkt eine grundsätzliche Bemerkung machen. Ich glaube, wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, als könnten wir mittel- und langfristig den Landeshaushalt oder die Haushalte in der Bundesrepublik über drastische Einnahmeverbesserungen konsolidieren. Allein die komplizierte Diskussion um die Vermögenssteuer zeigt uns das. Prof. Wiegard, seines Zeichens Mitglied der SPD und - was in diesem Zusammenhang wichtiger ist - Mitglied des Sachverständigenrates, hat Recht, wie ich finde, wenn er sagt, die Gleichung: Mehr Lohn gleich mehr Konsum gleich mehr Wachstum gehe nicht mehr auf. Ich finde, man muss ihm da zustimmen. Das müssen wir anerkennen.

Wachstum und die damit reichlich sprudelnden Steuereinnahmen: Wachstum war seit den 50er-Jahren das Instrument, um Verteilungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Wachstum war geradezu die Schmierseife unserer Gesellschaft. Damit sind wir aber an die Grenzen gestoßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist es, was man unter dem Stichwort "Grenzen des Wachstums" zur Kenntnis nehmen muss. Wachstumsraten, wie wir sie gehabt haben, werden wir in der nächsten Zeit so nicht mehr verzeichnen. Deswegen muss klar sein: Jedes Jahr die Verteilungskämpfe auszugleichen, indem wir immer weiter in die Verschuldung gehen, ist auch absolut an die Grenze gestoßen und kann nicht das sein, was in Zukunft unsere Haushalte belasten darf.

Wenn es aber so ist und wenn alle Bekundungen von nachhaltiger Haushaltspolitik nicht Makulatur sein sollen, dann, meine Damen und Herren, muss für diesen Mechanismus der Schmierseife, der das Wachstum in unserer Gesellschaft ausgemacht hat, ein neuer Mechanismus für den Ausgleich geschaffen werden. Ich könnte auch sagen: Wir brauchen einen neuen Generationen- und einen neuen Gesellschaftsvertrag.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Ja, genau!)

Diese neue Leitidee eines Sozialstaates moderner Art muss von uns - wie ich finde - gemeinsam erarbeitet werden.

Ich füge hinzu und zitiere an dieser Stelle Professor Korte von der Universität Duisburg: Wir brauchen ein "wärmendes Leitbild", in dem sich unsere Bürgerinnen und Bürger wiederfinden und das von allen gemeinsam getragen wird, übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Schonungslose Klarheit über den jetzigen Zustand unserer Nachhaltigkeitslücke ist Voraussetzung, und engagiertes und kreatives Nachdenken ist gefragt. Das Ergebnis müsste einmünden in die Änderung unserer Landesverfassung und in die Änderung unseres Haushaltsrechtes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne erhoffe ich mir sehr viel von unserer Anhörung, die wir am 6. Februar im Haushalts- und Finanzausschuss durchführen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dieckmann.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Es reicht ein Satz!)

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Kasperek! Mit einem Satz allein geht es bei mir nicht, aber ich werde mich bemühen, mich auf die wesentlichen Attacken zu beschränken.

Herr Klein hat eine mittlere Maschinengewehrsalve abgeschossen - weniger, was das Tempo, sondern was die Streubreite angeht - und versucht, unsere beachtlichen Anstrengungen zu diskreditieren, die wir in der ausgesprochen schwierigen Situation unternehmen.

Ich bin dem Kollegen Siekmann sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass auch andere Länder - eigentlich alle öffentlichen Haushalte - in einer mindestens vergleichbaren, wenn nicht schwierigeren Situation sind. Naturgemäß ähneln sich auch die Ansatzpunkte für eine Gegenstrategie sehr. Deshalb kann ich für unsere Vorschläge in Anspruch nehmen, dass sie sehr weitgehend denen ähnlich sind, die in anderen Ländern ergriffen werden.

Was die zugrunde gelegten Ansätze angeht, Herr Klein: Lassen Sie uns gelassen, aber aufmerksam

die Jahresrechnung studieren. Wir haben uns in einem anderen Zusammenhang schon darüber unterhalten.

(Glocke)

Es hilft herzlich wenig, wenn man sich jede Woche die Wasserstandsmeldungen bei den Steuereinnahmen anschaut. Die letzten Daten - wir haben darüber gesprochen - sind nicht so, dass Ihr Vorwurf, die Ansätze für 2002 seien deutlich zu hoch, eine Grundlage hätte.

Nun haben Sie sich wieder einmal, obwohl wir das sehr ausführlich diskutiert haben, mit der Flutopferhilfe beschäftigt. Das ist insoweit ein Sonderfall, weil es hier um einen durchlaufenden Posten geht. Ich will ganz deutlich sagen: Die Anteile, die wir mit einem Drittel und mit zwei Dritteln konsumtiv und investiv zugrunde gelegt haben, entsprechen genau dem Verhältnis dieser Anteile im Wirtschaftsplan des Fonds "Flutopferhilfe". Das ist eine - wie ich finde - sehr faire, sehr präzise Entsprechung, vor allem, wenn ich in Rechnung stelle, dass in einzelnen Ländern bis zu 100 % des gesamten Fonds als investive Mittel gebucht werden.

Ich weiß nicht, ob ich mich bedanken soll, Herr Klein, für das Attribut "kreative Fortentwicklung". Sie haben es bewusst etwas abwertend gemeint. In der Sache können Sie unbesorgt sein - ich habe es mir extra noch einmal berichten lassen, weil ich Ihren Vorwurf sehr ernst nehme -: Das Volumen der bisherigen Investitionspauschale entspricht genau dem Volumen dessen, was wir jetzt investive Schlüsselzuweisungen nennen. Von daher ist es eine bessere Verteilungsgerechtigkeit des Volumens, was wir bisher als Investitionspauschale zur Verfügung hatten, aber es ist keinerlei Verschiebung, schon gar kein Trick.

Nun haben Sie einen wiederholten Angriff auf die globalen Minderausgaben gestartet. Wir hatten auch das im Ausschuss besprochen. Ich will Ihnen die Einzelheiten jetzt ersparen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Diese Details möchten wir schon genauer wissen!)

- Wenn man sich das im Einzelnen anschaut, verehrter Herr Kollege Kasperek, zeigt sich, dass es so global, wie es heißt, in Wirklichkeit gar nicht ist, weil sehr präzise z. B. auf Beihilfe verwiesen wird. Es wird auf Minderausgaben im Bereich der Personalkosten verwiesen, und nicht zuletzt ist es die Einzelplan bezogene Ausweisung der globalen Minderausgabe, die es durchaus erlaubt, hier von einer sehr präzisen Zuordnung zu sprechen.

Was den Nachtragshaushalt angeht, so haben Sie die Risiken beschrieben. Ich denke, der Sachverhalt ist auch schon diskutiert worden. Nun verhält es sich mit den Verpflichtungen nach dem Wohnungsgeldgesetz noch schwieriger und schwankender als derzeit bei den Steuereinnahmen. Es war für die Landesregierung in der Tat nicht absehbar, ob schon die Schwelle erreicht ist, ab der der von Ihnen zitierte Kontakt zum Haushaltsgesetzgeber gesucht werden muss. Ich will Ihnen deutlich sagen: Es ist jetzt noch nicht klar, mit welchem Volumen zu rechnen ist. Ich kann einen weiteren Antrag nicht ausschließen. Es sind gesetzliche Verpflichtungen, die nicht zur Disposition der Landesverwaltung stehen. Von daher können Sie sehr unbesorgt sein, dass wir damit verantwortlich umgehen.

Frau Freimuth hat, wie ich denke, einiges genannt, wo wir uns noch anstrengen müssen.

Sie haben aber, liebe Frau Freimuth, auch einiges außen vor gelassen, bei dem wir durchaus gut dastehen. Wir haben beachtliche Anstrengungen im Bildungsbereich unternommen. Wir haben für das kommende Jahr 1.329 neue Lehrerstellen. Wir haben 100 Stellen zusätzlich für den Ganztagsbetrieb. Wir sind weiter engagiert dabei, die besonderen Lasten aus dem Strukturwandel zu tragen. Wir sind auch - das will ich einmal sagen - bundesweit Spitze, was die Verbesserung der Steuereinnahmen angeht.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind bundesweit Spitze beim Abbau des Anteils, den der Finanzierungssaldo am Gesamthaushalt hat. Das, Herr Kasperek, werde ich Ihnen bilateral im Einzelnen noch erklären.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist nicht gerecht! Wir würden es auch gern hören!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend mit dem gebotenen Ernst noch auf ein Stichwort eingehen, das mir wichtig ist. Es war nicht nur eine Pflichtübung, dass, glaube ich, alle Vorredner zu diesem Tagungsordnungspunkt den Beschäftigten der Finanzverwaltung gedankt haben. Ich wäre den Damen und Herren von der FDP-Fraktion allerdings sehr verbunden, wenn sie auf den Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion, Herrn Gerhardt, einwirken würden.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Herr Gerhardt hat mit seinem Aufruf zum Steuerboykott in einer, wie ich finde, unerträglichen Form diejenigen diskreditiert, die nichts tun als ihre Pflicht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, man darf das nicht zu pathetisch sehen, aber ich finde es weder in Ordnung, dass ein renommierter Wissenschaftler wie Prof. Baring zu solchen Aufrufen greift, noch finde ich es in Ordnung, dass sich jemand, der die Führungsverantwortung in der Fraktion einer bewährten demokratischen Partei hat, so populistisch verhält und diejenigen in Bedrängnis bringt, die ihre alltägliche Pflicht tun.

Ich denke, wir hier in diesem Landtag sind nicht in dieser Versuchung. Wir wissen zu schätzen, was die Männer und Frauen in der Finanzverwaltung dieses Landes zu leisten haben und bereits geleistet haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Dieckmann. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 12** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3312**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung und damit der Einzelplan 12 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung**. Hierzu befindet sich die **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 13/3320**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse abstimmen über das **Haushaltsgesetz**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3343 - Neudruck**. Wer ist für den Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt** worden.

Ich lasse abstimmen über das **Haushaltsgesetz**, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3300**. Mit der Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 2003** erfolgt die GesamtAbstimmung in zweiter Lesung entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses. Wer ist für diese Beschluss-

empfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Beschlussempfehlung **zugestimmt** und damit das **Haushaltsgesetz 2003 in zweiter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung lasse ich abstimmen über die Rücküberweisung des Entwurfs des **Haushaltsgesetzes 2003** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer ist für die Rücküberweisung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2003 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss **rücküberwiesen** worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Wir sehen uns morgen pünktlich um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:35 Uhr

*¹) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.